

Der IWF, Bambang und die Banken

Der internationale Währungsfond hat mit der Republik Indonesien ein Abkommen über einen Beistandskredit in Höhe von 38 Mrd. US\$ geschlossen, zu dem außer dem IWF selbst auch die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank sowie die Länder Singapur, Malaysia, Australien und USA beitragen werden. Das Abkommen verpflichtet Indonesien im wesentlichen zu vier Maßnahmen: Aufhebung des Handelsmonopols auf Weizen, Sojabohnen und Knoblauch für die Nationale Logistikagentur BULOG; Aufhebung der Preisbindung für Zement; Abschaffung der Regulierung für einheimische Einzelteile bei der Autoherstellung bis zum Jahr 2000; Senkung der Zölle für Stahl und Chemikalien, die bisher den Staatskonzern Krakatau-Stahl und den petrochemischen Konzern ASRI schützen, an dem Suharto-Sohn Bambang Trihatmodjo Anteile besitzt.

Bambang wurde jedoch noch viel unmittelbarer dadurch getroffen, daß die Andromeda-Bank, an der er 30 % der Anteile besitzt, zusammen mit 15 anderen Banken durch Erlaß des Finanzministers Marcie Muhammad zum 1.11.1997 geschlossen wurde. Die Schließung dieser meist kleineren Banken ist ebenfalls ein Zugeständnis der indonesischen Regierung an den IWF. Mit dieser relativ geringfügigen Maßnahme scheint das Drängen des IWF auf eine Reform des Bankenwesens wohl zunächst befriedigt. Beobachter gehen davon aus, daß die gegenwärtige Zahl von 224 Banken auf 120-130 Geldinstitute zusammenschrumpfen wird. Auch die Bank Jakarta von Suhartos Halbbruder Probosutedjo ist von der Schließung betroffen. Offizielle Begründung im Fall der Andromeda-Bank ist ein 75 Mio. US\$-Kredit an Bambang anderses Unternehmen Bimantara, das ebenfalls an der Bank beteiligt ist. Damit hatte die Bank die zulässige Quote für Ausleihungen an eigene Anteilseigner überschritten. Die beiden Banken gehören keineswegs zu den unsichersten Vertreterinnen ihrer Branche und haben nur eine, zwar illegale,

aber allgemein übliche Form der Kreditvergabe an die eigenen Aktionäre geübt.

Bambang und Probosutedjo haben in einem bisher einmaligen Vorgang Klage gegen den Finanzminister und den Gouverneur der Nationalbank, Sudrajat Djwandono, eingereicht. Letzterer gehört ebenfalls zur weiteren Suharto-Familie. Die Tageszeitung Merdeka zitierte Bambang mit den Worten: »Ich sehe hier jemanden, der den Namen der Familie in Verruf bringen will, um die Familie, und damit indirekt den Präsidenten, zu Fall zu bringen, damit er nicht wiedergewählt wird.« Diesen Äußerungen wurde nicht nur in der Regierung widersprochen, sondern auch Bambang Schwester Tutut (Siti Hardijanti Rukmana) anerkannte die Notwendigkeit einer Neuordnung des Bankensektors. Tututs Bank ist allerdings nicht geschlossen worden. Während Bambang, nach eingehender Beratung und zum größeren nationalen Wohl seine Klage am 12.11. zurückzog, hielt Probosutedjo bei Redaktionsschluß an seiner Klage fest.

Dem eigenen Präsidentenvater waren die öffentlichen Anschuldigungen des Sohnes offensichtlich so peinlich, daß er das Informationszentrum der Armee anweisen ließ, die Redaktionen aller Zeitungen telefonisch dazu zu zwingen, keine Berichte über Bambang Äußerungen zu bringen. Ebenso wie das öffentliche Auftreten Tututs gegen ihren Bruder gibt dieser Akt der Zensur Anlaß zu Spekulationen über einen Konflikt in der Familie Suhartos selbst. Der australische Ökonom Richard Robison wird im *Sidney Morning Herald* mit der Vermutung zitiert, daß Bambang Bank mit Wissen des Vaters geschlossen worden sei und deshalb als Bauernopfer angesehen werden müsse. Gleichzeitig erwartet er jedoch weiteren Widerstand von denjenigen, die andere Opfer dieser Art bringen sollen, so daß es zu einer Spaltung des engeren Kreises um die Suharto-Familie kommen könnte. Neben Bambang sind noch andere Unternehmen aus dem näheren und weiteren Umkreis der Prä-

sidentenfamilie betroffen: Siti Hedijanti Herijadi (Tochter) und Hashim Djojohadikusumo (Bruder des Schwiegersohns Prabowo Subianto) sowie der Holzbaron Prajogo Pangestu und Bambang Geschäftspartner Henri Pribadi.

Zur allgemeinen Überraschung — und Enttäuschung — fehlt der Name des jüngeren Suharto-Sohns Hutomo (Tommy) Mandala Putra mit seinem umstrittenen Projekt eines Nationalautos TIMOR auf der Liste der betroffenen Firmen. Das könnte Hintergrund für den ungewöhnlichen Vorstoß Bambang sein, da er schon das Rennen um die staatlichen Zuschüsse für das Autoprojekt gegen seinen jüngeren Bruder verloren hatte. Ebenso hat der IWF sich bei den Subventionen für den Flugzeughersteller IPTN nicht gegen Suharto durchsetzen können. Die allgemein positive Einschätzung des Abkommens wird neben diesen beiden Mängeln auch noch durch seine voraussichtliche Wirkungslosigkeit bei der Beschneidung der BULOG-Position geschmälert. Zwar soll die Logistik-Behörde das Monopol für Weizen, Sojabohnen und Knoblauch verlieren; es behält aber die Kontrolle über die fast wichtigeren Güter Reis und Zucker. Außerdem wird BULOG für die nächsten drei bis fünf Jahre der alleinige einheimische Verteiler für diese ersten drei Güter bleiben. Um die verein-

indo nesien nachrichten

barten Maßnahmen wirksam werden zu lassen, bedürfte es einschneidender Anti-Trust-Gesetze, die zum Beispiel den Einfluß des langjährigen Suharto-Freund Liem Sioe Liong beschneiden könnte. Dieser kontrolliert durch seine Beziehungen zu BULOG 95 % der Weizenmühlenkapazität in Indonesien und beherrscht mit seiner Firma Indomie den Markt der Fertignudeln. Es scheint so, daß Suharto zunächst die wichtigen Geschäftsbastionen seiner Familie und Freunde hat schützen können. Daß ihm dies gelungen ist, deutet aber auch darauf hin, für wie wichtig Suharto zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch von IWF, Weltbank und USA gehalten wird. In vielen Bereichen könnte das Abkommen zwischen Indonesien und IWF deshalb bedeuten: Business as usual.

vgl. FEER 13.11.1997, *Sidney Morning Herald* 8.11.1997, *Jawa Pos* 11.11.1997, *Kyodo* 12.11.1997, *Business Times* 12.11.1997, *Presseerklärung Asosiasi Jurnalis Independen* vom 5.11.1997, *Australian Financial Review* 7.11.1997

Fünfter Stern am General

Offensichtlich auf Betreiben von Forschungsminister Habibie ist dem amtierenden Präsidenten der Republik Indonesien und pensionierten General der indonesischen Armee, Suharto, eine Beförderung zum Fünfsternen-General zuteil geworden. Suharto erhielt diese Ehrung gemeinsam mit seinem ehemaligen Konkurrenten aus der Gründungszeit der sog. Neuen Ordnung, dem ebenfalls pensionierten General A.H. Nasution. Als Dritter im Bund wurde die Vaterfigur des indonesischen Heers, der legendären General Sudirman ausgezeichnet. Die Auszeichnung

verursachte in Jakarta allgemein Verblüffung, da das Protokoll der indonesischen Armee keine Fünf-Sterne-Generäle kennt. Nach Einschätzung politischer Beobachter in Jakarta wollte Habibie mit diesem Vorstoß Suharto eine persönliche Freude machen und damit zugleich versuchen, seine Chancen für eine Ernennung zum Vizepräsidenten zu verbessern. Habibie in den vergangenen Monaten einige Rückschläge mit seinen Lieblingsprojekten erlitten und ist offensichtlich in der Gunst des Präsidenten gesunken.

vgl. *SiaR* 3.10.1997

indo nesien nachrichten

Arbeitslosigkeit und Inflation

Der Anteil der offenen Arbeitslosigkeit infolge der jüngsten Wirtschaftskrise wird nach Einschätzung des Ökonomen Didin S. Damanhuri von der Landwirtschaftlichen Hochschule Bogor (IPB) am Ende dieses Jahres die 10 Prozent-Marke erreicht haben. Die versteckte Arbeitslosigkeit wird zum gleichen Zeitpunkt auf ca. 70 Prozent steigen. Indonesien war in den vergangenen Jahren immer als ein Land mit relativ geringer offener Arbeitslosigkeit bekannt gewesen, die sich bei 2-3 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung bewegte.

Aber schon zu Anfang der siebziger Jahre wurde die verdeckte Beschäftigungslosigkeit auf 30 Prozent geschätzt, und für 1980 wird sie mit 40 Prozent angegeben. Die Einschätzung des Ökonomen Didin wird auch vom Vorsitzenden der Indonesischen Handelskammer KADIN, Imam Taufik, geteilt, der Massenentlassungen als Folge der Wirtschaftskrise nicht ausschließen wollte.

Als unmittelbare Folge der Krise wird von 16.000 bis 19.000 Entlassungen gesprochen. Andere Quellen gehen aber von 40.000 Entlassungen allein im Bausektor aus. Für die anstehenden Festtage (Weihnachten und islamische Fastenbruchfest Lebaran) rechnet Didin mit realen Einbußen für die abhängig Beschäftigten, da die meisten Unternehmen die üblichen Gratifikation und Sonderzahlung voraussichtlich nicht werden leisten können oder wollen.

Für das kommende Jahr sieht Didin eine Stagflation voraus, d.h. eine hohe Inflationsrate bei gleichzeitig stagnierendem bzw. abnehmendem Wirtschaftswachstum. Die Inflationsrate wird diesen Schätzungen zufolge bei jährlich 10 Prozent liegen, nachdem sie für das Jahr 1997 bis zum Ausbruch der Währungskrise bei durchschnittlich 7 Prozent gelegen hatte. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Econit geht für 1998 von einem realen Kaufkraftverlust von 10-15 Prozent aus, der nicht nur bei Angestellten der Privatwirtschaft, sondern auch bei Staatsbediensteten fühlbar sein wird. Diese zweite Gruppe wird darüber hinaus im kommenden Jahr voraussichtlich auf eine Erhöhung ihrer Gehälter verzichten müssen. Der Leiter von Econit, Rizal Ramli, schätzt das kommende Jahr als »Jahr der Korrekturen« ein. Vieles werde auch von der Zusammensetzung des neuen Kabinetts abhängen, das nach der Präsidentschaftswahl im März 1998 vorgestellt werden wird. Eine Erholung von der gegenwärtigen Krise hält Rizal erst für Ende 1998 für realistisch.

vgl. *Media Indonesia* 28.10.1997

HIV-Positiv

Die Zahl der HIV-Infizierten ist nach Angaben des Gesundheitsministeriums im Oktober um 2 Prozent auf 590 gemeldete Fälle gestiegen. Der für übertragbare Krankheiten zuständige Generaldirektor, Dr. Hadi Abednego, geht jedoch von einer 100 mal höheren Anzahl von Infizierten (d.h. 59.000) in ganz Indonesien aus. In 90 Prozent der Fälle sei die Viruserkrankung durch Sexualverkehr übertragen worden. Bisher sind 81 Todesfälle in Folge von AIDS offiziell registriert worden. Ein großer Teil der Infektionen wird von den Molukken und aus Irian Jaya gemeldet (308 der offiziell 590 Fälle) und mit den Versorgungsbasen der taiwanesischen und thailändischen Fischereiflotten in Zusammenhang gebracht.

vgl. *Jakarta Post / Indonesia-L*
6.10.1997

Streiks bei IPTN

Bei dem Flugzeughersteller IPTN Bandung, der direkt dem Forschungs- und Technologieminister B.J. Habibie untersteht, ist es im Oktober zu mehreren Arbeitsniederlegungen gekommen. IPTN war bereits vor dem Verfall der Rupiah wegen seiner hohen Verschuldung und seines ungebremsen Subventionsbedarfs in die Kritik gekommen. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die der Internationale Währungsfond mit der Regierung in Jakarta über die Stützung der Rupiah und eine Umstrukturierung der Schulden führte, tauchten Gerüchte auf, 20 Prozent der ca. 16.000 IPTN-Beschäftigten sollten entlassen werden. Bedeutsam ist der Streik bei diesem Vorzeigeunternehmen indonesischer Hochtechnologie-Pläne, weil seine Beschäftigten im indonesischen Vergleich immer noch zu den gut bis sehr gut bezahlten Arbeitskräften zählen, auch wenn sie, wie sie in ihrem Streikaufruf beklagen, seit zehn Jahren keine Lohnerhöhung mehr bekommen haben. Die Folgen des Währungsverfalls und der damit zusammenhängenden Wirtschaftskrise beginnt nun auch die sog. Beserverdienenden zu treffen, die bisher aufgrund ihrer relativ privilegierten Stellung zu den loyalen Stützen des GOLKAR-Regierungssystems gehört haben.

Die Streikenden legten ihren Finger zudem auf zwei Kernprobleme des indonesischen Wirtschaftslebens: Nepotismus und Korruption. Habibie hat einen seiner Söhne zum Geschäftsführer einer der Tochterfirmen gemacht, und zweckbestimmte internationale Darlehen, z.B. ein Weltbankdarlehen für Wiederaufforstung, sind mit Zustimmung von Suharto als Subvention an Habibies IPTN geflossen. Der von IPTN-Arbeitern auf Habibie ausgeübte Druck ist ein völlig neuer Aspekt in einer immer mehr ins Fließen geratenden politischen Gesamtlage Indonesiens.

vgl. *Sidney Morning Herald*
14.10.1997 und eigene Quellen

Akte Marsinah geschlossen

Die polizeilichen Ermittlungen im Mord an der Aktivistin für Arbeiterrechte, Marsinah, sind nach Mitteilung von Dibydo Widodo, des höchsten indonesischen Polizeigenerals, offiziell beendet worden. Anlaß für diesen Schritt war nach Aussagen des Generals die Unbrauchbarkeit einer Blutprobe, die Aufschluß über den möglichen Mörder der jungen Frau hätte bringen können. Ein Labor in Großbritannien, das mit der Untersuchung beauftragt worden sei, habe erklärt, die Probe sei zu alt und obendrein verschmutzt, so daß keine eindeutige DNS-Analyse mehr möglich sei. Die Ermittlungsbehörden hatten zwei Jahre benötigt, um die Probe von Indonesien nach Großbritannien zu bringen. Der Fall Marsinah hatte seinerzeit weit über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen und Proteste erregt (s. SOAI 3/93, 2/94, 2/95). Marsinah hatte 1993 in einer Uhrenfabrik in Ostjava einen Streik für besserer Arbeitsbedingungen und Zahlung der Mindestlöhne ihren Arbeitskolleginnen organisiert. Sie war daraufhin von Unbekannten verschleppt, vergewaltigt und ermordet worden.

In einem aufsehenerregenden Prozeß wurden dann die neun Angeklagten, die von den Ermittlungsbehörden überraschend schnell als mutmaßliche Täter präsentiert wurden, in der letzten Instanz von der Anklage des Mordes freigesprochen. In Menschenrechtskreisen wurde von Anfang an vermutet, daß der Mord von Angehörigen des Polizei- und Sicherheitsapparates selbst verübt worden sei, da Marsinah kurz vor ihrem Tod noch bei einem Verhör durch Angehörige des Militärs gesehen wurde. Das gesamte Ermittlungsverfahren war von Verzögerungs- und Vertuschungsversuchen der Behörden gekennzeichnet gewesen, so daß es nun scheint, als sei dem Sicherheitsapparat letztlich doch noch gelungen, die in seine eigenen Kreise deutenden Spuren der Mörder Marsinachs zu verwischen und die Täter zu schützen.

vgl. *SiaR* 23.9.1997

Hungersnot in Irian Jaya/West Papua

Die Zahl der Toten, die in der ostindonesischen Provinz infolge von Unterernährung gestorben sind, werden auf mindestens 400 geschätzt. Besonders betroffen sind die Gebiete im Kabupaten Jayawijaya, zu dem das zentrale Hochland mit dem Baliem-Tal gehören. Aus einer Analyse eines gemeinschaftlichen Be-

akutem Nahrungsmangel und teilweise auch Trinkwasserknappeit betroffen sind. Insgesamt gehen die Behörden von 250.000 akut bedrohten Menschen in dieser Region aus. Neben den ernstesten Versorgungsmangel mit Nahrung und sauberem Wasser sind Krankheiten und Seuchen aufgetreten. Die betroffene Bevöl-

nen ist es in einigen Gebieten zu epidemieartigen Durchfallerkrankungen gekommen, die auf verschmutztes Wasser und verwesende Fische in den immer weiter austrocknenden Flüssen zurückgeführt werden.

Hilfsgelder des Sozialministeriums wurden offensichtlich für Flugreisen verschiedener Untersuchungskommissionen anstatt für Hilfsgüter angewendet, so daß nur ein geringer Teil von bisher angewiesenen 100 Mio. Rp. tatsächlich in den betroffenen Regionen eingetroffen ist. Um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen werden ca. 7000 Tonnen Reis oder ca. 24.000 Tonnen Süßkartoffeln benötigt. Die Hilfsmaßnahmen werden außerdem dadurch erschwert, daß Lieferungen über das regionale Einsatzkommando (Satkorlak) laufen müssen, daß von einem Militär geleitet wird. Nachdem der Landrat von Jayawijaya, J.P. Wenas, Ende Oktober fehlenden Transportkapazitäten für das unwegsame Gelände beklagt hatte, stellt das Bistum Jayapura zwei Flugzeuge zur ständigen Verfügung des Einsatzkommandos. Diese standen eine Woche ungenutzt auf dem Flugplatz der Bezirkshauptstadt Wamena, so daß das Erzbistum die Piloten mit den Maschinen zurückrief und nun be-

indo nesien nachrichten

gonnen hat, selber Hilfsflüge in die entlegenen Notgebiete zu organisieren.

Eine Einschätzung der Situation in Zentral-West-Papua wird noch zusätzlich dadurch erschwert, daß die Behörden Journalisten verboten haben, die betroffenen Gebiete aufzusuchen. Aus Berichten von Geistlichen und anderen kirchlichen Mitarbeitern beider großen Konfessionen geht aber hervor, daß sich die Lage verschärft und die geringen Vorräte an Süßkartoffeln zu Ende gehen. Die zuständigen Behörden in der Kreishauptstadt Wamena und der Provinzhauptstadt Jayapura scheinen nicht in der Lage zu sein, eine effektive Hilfe zu organisieren.

vgl. ABC International News
7.10.1997, Cenderawasih Post,
versch. Ausg. 20.-27.10.1997,
Forum Kerjasama LSM Irian Jaya

Spendenaufruf

Die Evangelische Kirche in Irian Jaya (GKI) hat seit September ein Katastrophenhilfsteam (medizinische Teams, Nahrungsmittelverteilung) für die Gebiete gebildet, die sie durch ihre Arbeit überblickt. Das sind ca. 60 000 Menschen in Balim-Jalimo südlich und östlich von Wamena. Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) hat diesem Team Mittel insbesondere für Transportkosten zur Verfügung gestellt, die die meisten Gelder verschlingen. Die VEM hat für weitere Spenden ein Sonderkonto mit der Bezeichnung »Katastrophenhilfe Irian«, Nr. 451 03 01 (Evangelische Darlehensgenossenschaft eG Münster, BLZ 400 601 04, Nr. 563 701 eingerichtet. Dort eingehende Spenden werden an das Hilfsteam der GKI weitergeleitet.

richts verschiedener Ministerien ergibt sich, daß in den verschiedenen Bezirken dieses Kabupaten zwischen 50 und 100 Prozent Bevölkerung von

kerung ist aufgrund der langen Unterernährung besonders geschwächt, so daß sich besonders die Fälle von Lungenentzündung gehäuft haben. Da-

Auseinandersetzung mit Freeport geht weiter

Am 8. August meldete der US-Konzern Freeport-MacMoran, der in Westpapua Kupfer und Gold abbaut, die Klage Tom Beanals gegen den Konzern sei erneut abgelehnt worden. Beanal, Vertreter der Stammesorganisation Lemasa des Amungme Volkes war in diesem Frühling ein zweites Mal vor Gericht gegangen, nachdem seine erste Klage über sechs Mrd. US\$ als Ausgleich für massive Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und Genozid vom Frühling 1996 von einem Distriktribunal in New Orleans abgelehnt worden war. Das Gericht hatte im April 1997 geurteilt, daß zumindest die Klage wegen Genozid eine

Rechtsgrundlage besäßen (u.a. Artikel II der »Convention on the Prevention of Punishment of the Crime of Genocide, 78 U.N.T.S. 277«), Beanal jedoch mehr Daten und Fakten vorlegen solle, was dieser mit seiner zweiten Klage versuchte. Mit Ausnahme der oben zitierten Pressemeldung von Freeport liegen noch keine Stellungnahmen vor. Auch der Gerichtsentscheid selbst ist noch nicht erhältlich. Die indonesische staatliche Menschenrechtskommission Komnas HAM hat unterdessen nach einem Besuch in der von der Bergbautätigkeit betroffenen Region festgestellt, die dort bestehenden Probleme hätten »kompliziertere Gründe als nur

die Intoleranz der lokalen Bevölkerung gegenüber Freeport.« Die Verwaltung des Bezirkes Mimika sei zu schwach, um die Belange der Bevölkerung zu vertreten. Es solle ein autonomer Bezirk mit eigener Gerichtsbarkeit entstehen, in dem die Menschen größere Sicherheiten besäßen. Die Bevölkerung und Lemasa hatten große Hoffnungen in diesen jüngsten Besuch von Komnas HAM gesetzt, von der sie genauere Untersuchungen über die Unruhen erwarteten, die dem Besuch der Kommission vorausgegangen waren. Nach dem Tod von zwei Angehörigen der Ekari am 20. August 1997, die von einem Freeport Pick Up mitgenommen wor-

den waren, war es bei Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Sicherheitskräften zu zwei weiteren Todesfällen unter den Ekari gekommen. Das Militär hatte u.a. eine Obduktion der Leichen verhindert. Komnas HAM selbst erklärte jedoch, der Besuch habe nur stattgefunden um sich allgemein mit der Situation in dem Gebiet vertraut zu machen. Die in London ansässige indonesische Menschenrechtsorganisation vermutet, daß die Kommission unter Druck gesetzt wurde, solche Untersuchungen nicht anzustellen.

vgl. Pressemeldung,